

# Kongressnotizen

23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft  
Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes und Beirates der DVPW

**ifpol**

## Plenum I

Föderalismusreform  
in der Kritik

Seite 3

## Austausch

Pinkwart diskutiert spontan mit  
Studenten

Seite 7

## Plenum II: Chancen sehen - nicht Scheitern beklagen



Hochkarätig besetztes Podium:

Josef Schmid, Irene Gerlach, Suzanne S. Schüttemeyer, Dieter Timmermann (v.l.n.r.)

Text: Jana Sinram  
& Till Kaesbach

„Viele Politiker singen ein Klagelied auf die Langsamkeit der Veränderung in der Bundesrepublik“, so die einleitenden Worte von der Moderatorin Suzanne S. Schüttemeyer. Grund genug für die Kongressteilnehmer, die Reformprozesse im Wohlfahrtsstaat differenziert zu analysieren. Jeder der drei Wissenschaftler auf dem Podium wählte ein anderes Politikfeld, um seine Thesen zum Thema „Reformen im Wohlfahrtsstaat“ zu erläutern: Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Bildungspolitik standen auf der Agenda. Josef Schmid plädierte dafür, Reformchancen zu sehen, anstatt ausschließlich Erklärungen für ihr

Scheitern zu suchen. „Die Politiker interessieren sich dafür nicht“, so der Tübinger Politikwissenschaftler. Die Aufgabe der politischen Wissenschaft sei vielmehr die Reformatanalyse. Reformen müssten bestimmte Grundlagen erfüllen, um langfristig erfolgreich zu sein. Erstens müsse den politischen Reformen ein Paradigmenwechsel vorausgehen. Zweitens solle zur Durchsetzung der Neuerungen auf bekannte Instrumente zurückgegriffen werden. Die Hartz-Kommission habe beispielsweise bei den Ein-Euro-Jobs den Fehler gemacht, eine neue Programmatik mit neuen Instrumenten zu verbinden. „Das ist völlig ge-

Fortsetzung auf Seite 2

## Plenum II: Reformen im Staat

Fortsetzung von Seite 1

scheitert", befand Schmid. Drittens spiele auf der Mikroebene der Reformen das Personal eine entscheidende Rolle, die Wissenschaftler müssten die politicians als vierte Dimension des politischen Prozesses verstehen. Für die politikwissenschaftliche Analyse von Reformen sei schließlich das Gesamtbild entscheidend: „Wir sollten auch auf den Anfang und das Ende des Reformprozesses schauen und uns nicht ausschließlich auf das Mittelfeld konzentrieren.“

Die Münsteraner Politikwissenschaftlerin Irene Gerlach analysierte den Reformprozess im Wohlfahrtsstaat anhand der Familienpolitik der letzten Jahre.

**„Vielfach fehlt den Beteiligten der Glaube an die eigene Idee“**

sem Politikfeld keine wirklichen Vetospieler. „Allein das Fehlen von Vetospielern hat die Familienpolitik allerdings nicht weitergebracht“, befand Gerlach.

Für die Zukunft gelte es, das Wideraufbrechen der ideologischen Fronten zu verhindern und die Nachhaltigkeit der Familienpolitik instrumentell zu sichern.

Dieter Timmermann, Rektor der Universität Bielefeld, betrachtete die Diskussion aus „eigener Erfahrung“. Für den ehemaligen Vorsitzenden der Bundestagskommission „Lebenslanges Lernen“ besteht eine Reform aus sechs Dimensionen, die alle gleichzeitig erfüllt werden müssen. „Es muss



Führte durch die Diskussionsrunde: Suzanne S. Schüttemeyer

Der Anstoß für Reformen komme häufig nicht aus einer gesetzgebenden Institution selbst, sondern von außen. So habe das Bundesverfassungsgericht 1992 zu einer Versachlichung der Debatte in der Familienpolitik beigetragen; durch dieses Agenda-Setting seien die gesellschaftlichen Folgen der früheren Familienpolitik deutlich geworden. Heute sei eine weitgehende Auflösung der parteipolitischen Fronten zu beobachten. „Die jetzige Familienministerin konnte ohne Probleme die Reformen ihrer Vorgängerin durchsetzen“, sagte Gerlach in ihrem Vortrag. Allerdings ginge mit der Auflösung der Fronten in den Parteien auch eine Suche nach dem eigenen Profil einher. Derzeit gebe es in die-

immer eine Veränderung von Strukturen, Prozessen, Inhalten, Ergebnissen, Steuerungsformen und Ressourcenausstattungen geben“, so Timmermann. Grundsätzlich sei eine Reform im Staat aber möglich. Als Beispiel führte der gelernte Bildungswissenschaftler die Novellierung des dualen Ausbildungssystems Ende der 80er Jahre an. Dem „großen Wurf“ stünden jedoch oft Reformhemmnisse wie die Verflechtung zwischen Bund und Ländern, der Einfluss der Interessengruppen und die Finanzierungsbereitschaft der staatlichen Institutionen entgegen. Und, so Timmermann abschließend: „Vielfach fehlt den Beteiligten einfach der Glaube an die eigene Idee.“

## „Unser Einfluss bleibt gering“

Text: Simone Elpers & Michael Berkemeier

„Als Politikwissenschaftler sind wir inzwischen in der Lage, den Ablauf und die Ereignisse von Reformprozessen hervorragend zu erklären – aber auch wenn wir angehört werden, bleibt der Einfluss unserer Argumente so gering, wie er immer war.“

Zu dieser pessimistischen Einschätzung kam im Rahmen der ersten Plenumsveranstaltung „Reform des Staates – Möglichkeiten und Grenzen der Änderung von Verfassungsinstitutionen“ Fritz Scharpf.

Nach Meinung des ausgewiesenen Föderalismusexperten ist die Verfassungsreform des deutschen Bundestages misslungen, wenn auch nicht geschei-

Politik, in der keine Seite in der Lage ist, ein eigenes Reformkonzept zu verwirklichen und dann auch zu verantworten, hat ihren wesentlichen Grund in der Möglichkeit parteipolitischer Blockaden im Bundesrat.“

Erst jetzt in der neuen politischen Konstellation in Berlin würden die Interessen der Bundespolitik nicht mehr durch Vetospieler verteidigt, so dass das Durchsetzen der Reform möglich war.

Warum ist das Ergebnis aus Ländersicht als „misslungen“ zu bewerten? Nicht nur mit der Bildungspolitik seien die Länder unzufrieden gewesen. Am Ende der Beratungen habe für die Länder ein Katalog isolierter Zuständigkeiten für eng umschrie-



Ein ausgewiesener Föderalismusexperte: Fritz Scharpf

tert. Er stellte fest, dass die Zustimmungsrechte des Bundesrates in politisch wichtigen Fragen nicht vermindert, sondern eher vermehrt wurden, und die Erweiterung der landespolitischen Handlungsmöglichkeiten hinter dem Nötigen und Möglichen zurück blieb, wofür mehrere Faktoren verantwortlich seien.

Das Scheitern etlicher Reformen auf bundespolitischer Ebene führte Scharpf auf die Zustimmungspflicht des Bundesrates bei vielen neuen Gesetzesvorhaben zurück: „Die Malaise der deutschen

bene Spezialgesetze auf dem Plan gestanden. Die ursprünglich geforderten Kompetenzen, so Scharpf, beliefen sich auf Bereiche wie regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. „Kleinkram“, kritisierte er. Und weiter: „An dieser Einschätzung kann auch der erzwungene Rückzug des Bundes aus der Bildungspolitik nicht viel ändern.“ Für Scharpf war die horizontale Politikverflechtung eine noch engere Fessel für die Gestaltungsmöglichkeit der Landespolitik als die Vertikale, die durch die Reform überwunden werden sollte. Die Gründe für

Fortsetzung von Seite 3

die „freiwillige Selbstfesselung“ der Länder in der Bildungspolitik und für das „enttäuschende Ergebnis der Gesetzgebungskompetenzenübertragung“ sah er im „kulturellen Nationalismus der deutschen Eliten und deren Abneigung gegen die deutsche Kleinstaaterei“. Ganz nach dem Prinzip: „Föderalismus mag wohl sein, aber er soll keinen Unterschied machen“. Die Föderalismuskommision sei der simplen Maxime gefolgt: Wenn Politikverflechtung das Problem war, dann musste Entflechtung die Lösung sein. Ziel war also, so Scharpf, die Übertragung „ganzer Lebenssachverhalte“ in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder. Dies rief aber Bedenken der armen Bundesländer hervor. „Mit der Festlegung auf das Prinzip der Kompetenztrennung als Lösung für die Probleme der Politikverflechtung“, fasste Scharpf zusammen, „hatten die Reformer einen Bezugsrah-



Heidrun Abromeit über Staaten im Vergleich

men etabliert, in dem nur eng umschriebene Kompetenzen delegiert werden konnten“. An diesen Kriterien gemessen sei der nun erreichte Zugewinn an Länderkompetenzen etwa das Maximum dessen, was „Bayern, Baden-Württemberg, Hessen oder NRW mit guten Argumenten begründen oder erreichen konnten“. Die Reform als Gesamtkonstrukt hält der Wissenschaftler aber für misslungen.

Im Anschluss übergab Moderator Arthur Benz das Wort an Heidrun Abromeit. Sie warf in ihrem Referat die Frage nach Faktoren auf, die Verfassungsreformen begünstigen oder behindern. Anhand eines Analyseasters und mithilfe der Vetospieler-

theorie untersuchte sie zunächst theoretisch diese Faktoren, um sie im Folgenden einer praktischen Überprüfung anhand der Länderbeispiele Belgien, Finnland und Österreich zu unterziehen.

## Ist fiskale Dezentralisierung ein Allheilmittel?

Text: Till Kaesbach

„Globalisierung und Reform“, mit diesem Thema beschäftigten sich gestern in gemeinsamer Sitzung die Sektionen „Internationale Politik“ und „Politische Ökonomie“. Dabei wurden auch regionale Schwerpunkte berücksichtigt. So blickte Jörg Faust in seinem 20-minütigem Vortrag auf „Fiskalische Dezentralisierung, politische Institutionen und ökonomische Entgrenzung. Empirische Evidenz aus Lateinamerika.“

Einleitend bemerkte der Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn, dass in den letzten Jahrzehnten in Lateinamerika entscheidende Strukturreformen stattgefunden haben, die den Kontinent für eine empirische Betrachtung besonders attraktiv machen. Dabei betrat Faust wissenschaftliches Neuland. Sein Kollege Thilo Bodenstein von der Freien Universität Berlin stellte in der anschließenden Kritik fest: „Diese Region hat in der Politischen Ökonomie bisher wenig Studieninteresse erfahren.“

Grundsätzlich, so erklärt der Bonner Politikwissen-

schafter, neigten autoritäre Regime eher zur fiskalischen Zentralisierung, da sie das Entstehen unabhängiger Akteure verhindern und die Macht der Zentralregierung stärken wollen. Auch makroökonomische Instabilität begünstigte Zentralisierungstendenzen. Im Gegensatz dazu seien Demokratisierung und politische Dezentralisierung Garanten für fiskalische Dezentralisierung. Letzteres sei aber, so betont Faust ausdrücklich, „nicht zwangsläufig Teil eines neoliberalen Gesamtkonzeptes, sondern muss differenziert betrachtet werden“. Während exportorientierte Regionen eine derartige Reform begrüßten, würden Regionen mit Strukturangepasungsschwierigkeiten an weltwirtschaftliche Handelsströme eine eher ablehnende Haltung einnehmen. Faust abschließend: „Die Analyseinstrumente müssen noch verfeinert werden, um zum Beispiel Fragen beantworten zu können, die auf das Verhältnis von zentralstaatlichen Transferzahlungen und Eigeneinnahmen subnationaler Gebietskörperschaften zielen.“

## Vertrauen in den eigenen Mut fördern

Text: Marc Raschke

Demokratie, sagte Sektionsleiter Gerhard Himmelman einleitend, wachse von unten nach oben und von innen nach außen. Dass es sich dabei um einen durchaus komplexen Prozess handelt, zeigt bereits die Tatsache, dass seine Sektion „Politische Wissenschaft und politische Bildung“ derzeit auf dem Kongress den Kontakt zu Nachbardisziplinen sucht und gestern den AK „Politische Psychologie“ zu einem Treffen zu der Frage eingeladen hat, wie Demokratiebewusstsein entstehe. Der Sozialpsychologe Hans-Joachim Busch skizzerte in Anlehnung an die Psychoanalyse die „demokratische Persönlichkeit“ als ein Subjekt ähnlich dem eines „Kulturweltbürgers“ im Freudschen Sinne. Dabei sprach er der Affektbildung einen wesentlichen Stellenwert neben der Sozialbildung und der Sachbildung zu. „Gewiss, ohne Affekte geht es nicht, aber das Ausufern von Affekten führt zum Verlust des Maßes an sozialen Beziehungen, zum Ausgrenzen der Andersdenkenden“, so Busch. Im Spannungsfeld von körperlich-sinnlicher Natur des Erlebens und der sozialen Eingebundenheit des Psychischen in Interaktion

mit anderen Menschen lerne das sich bildende Subjekt nicht nur sich anzupassen, sondern seine Bedürfnisse und Interessen ins Spiel zu bringen. „Es geht von der frühkindlichen Sozialisation in der Familie an darum, dass Konflikte ausgetragen und durchsichtig gemacht werden, und zwar in einer Haltung der gegenseitigen Anteilnahme, Empathie, Achtung und Fairness“, so Busch. Solche Verhältnisse bieten seiner Meinung nach die besten Aussichten, dass Individuen mit Selbstvertrauen heranwachsen, ihre Bedürfnisse und Interessen aussprechen, die anderer anzuerkennen und bezüglich der bestehenden Differenzen einen Konsens aushandeln. „Eine solche politische Sozialisation würde auch zu einem anderen Umgang mit Angst führen“, so Busch. „Kinder müssen von früh an erleben können, wie sich Erwachsene ernsthaft Sorgen machen und deshalb etwas verhindern, einer Gefahr begegnen wollen“, so der Experte. Das verschaffte ihnen Vertrauen in den eigenen Mut, sich um politische und gesellschaftliche Probleme zu kümmern.

## Krieg gegen Terror oder Kampf gegen Armut?

Text: Michael Berkemeier

Über die verschiedenen Perspektiven und möglichen Paradigmenwechsel in der Zukunft der Entwicklungspolitik debattierte die Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Entwicklungspolitische Herausforderungen in einer entgrenzten Staatenwelt“.

Unter der Leitung von Imme Scholz vom Deutschen Institut für Entwicklungshilfe diskutierten Günther Maihold von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dirk Messner, ebenfalls vom Deutschen Institut für Entwicklungshilfe sowie Katharina Michaelowa von der Universität Zürich.

Laut Maihold stehe die Entwicklungszusammenarbeit vermehrt vor einem Legitimationsproblem. Bei dem Versuch, sich von diesen Akzeptanzproblemen zu befreien, würden viele die Entwicklungspolitik mit der Sicherheitspolitik gleichsetzen, so dass „die Entwicklungshilfe vermehrt als kostengünstige Terrorabwehr betrachtet wird“.

Aus seiner Sicht zeichne sich gerade die Entwick-

lungspolitik durch ein besonderes normatives Verständnis aus, und so müsse dieses Politikfeld auch die moralischen und ethischen Grundsätze wieder in den Vordergrund rücken.

„Die Positionierung der Entwicklungszusammenarbeit hat sich geändert, das Politikfeld hat sich deutlich ausgeweitet“, so Maihold. Aus diesem Grund fürchtet er eine Überdehnung dieses Bereiches und bezweifelt, ob die Organisationen über ausreichende Kompetenzen auf diesen für sie neuen Gebieten verfügen. Daher, so der Berliner Wissenschaftler, müsse eine Neuaustrichtung des Politikfeldes stattfinden. Ansonsten manövriere man sich selbst in eine Sackgasse.

Michaelowa stellte in ihrem Vortrag unter anderem die Praxis einiger Geberländer heraus, bevorzugt Entwicklungshilfe an jene Länder zu zahlen, mit denen man sowohl gute als auch profitable Handelsbeziehungen unterhält.

Messner hingegen kritisierte zunächst die institutio-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

nellen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten, die sich durch ständig steigende Zahlen der Geberorganisationen, der Projekte sowie der Nehmerländer auszeichne. „Zusätzlich“, so Messner, „behinderte früher ein hoher Planungs- und Organisationsaufwand in der Entwicklungszusammenarbeit im Gegensatz zu anderen Politikfeldern.“

Um diese Missstände möglichst völlig abzuschaffen, wurde im Jahre 2005, unter Beteiligung aller bilateralen Organisationen, die „Paris-Agenda“ verabschiedet, da auch die Geberorganisationen die Strukturprobleme analysiert hatten. Mit diesem Reformprogramm sollte die Entwicklungszusammenarbeit effizienter gestaltet werden, auch wenn dies laut Messner nicht vollständig gelang: „Das Problem der großen Zahl

**„Entwicklungszusammenarbeit wird vermehrt als kostengünstige Terror-Abwehr betrachtet.“**

der Geberorganisationen wurde in Paris vollständig ausgeklammert.“ Außerdem würde im Pariser Programm die Eigenverantwortlichkeit der Nehmer festgeschrieben, der sich die Geber unterzuordnen haben. „Aber wie kann Eigenverantwortlichkeit garantiert werden?“, fragt Messner.

Um eine wirklich effektivere Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, fordert Messner daher im Gegensatz zu seinem Kollegen Maihold nicht die Rückbesinnung auf normative Werte, sondern die radikale Reduzierung der Geberorganisationen und der Projekte. Außerdem sei eine unabhängige und vergleichende Evaluierungskoordination nötig. „Diese Evaluierung ist schwierig, wäre aber auch für den Wettbewerb nötig.“

## „NGO-Arbeit ist kein Abstellgleis“

Text: Simone Elpers

„Veränderungsprozesse in Politik und Gesellschaft schlagen sich nicht nur in politischen Inhalten nieder, sondern in Rekrutierungswegen, Sozialisationsmustern, Motivation und Karrierestrategien von denjenigen, die Politik zu ihrem Beruf machen“. Derartige Prozesse für die Professionalisierung innerhalb der NGOs zeigte Christiane Frantz anhand einer empirischen Studie in ihrem Vortrag für den AK „Soziale Bewegungen und Verbände“ in der Sektion Soziologie. Für die meisten NGOler ist Parteipolitik nicht denkbar. Die Eliten der „postnationalen Erben“ - den NGOs - , so ergab sich aus der qualitativ durchgeführten Studie, unterscheiden sich innerhalb der Wahrnehmung der eigenen Berufsrolle, ihrer Motivation und ihres Tätigkeitsprofils deutlich von Parteipolitikern, besonders durch ihre Sozialisationsmuster, wie die Privatdozentin auf eine Nachfrage erläuterte. „Bemerkenswert“, betonte sie, „ist die transnationale Perspektive der NGO-Politiker.“ Darüber hinaus sei die politische Arbeit in den NGOs nicht als „Abstellgleis oder Rekrutierungspool für zukünftige parteipolitische Eliten misszuverstehen“, bekräftigte Frantz. „Vielmehr ist ein Wechsel der meisten NGOler in die Parteipolitik nicht denkbar.“ Gründe wie das Durchleben der „Ochsentour“, ein drohender Effizienz- und Imageverlust, der Verlust der Privatheit durch zu-

nehmende Publicity sprächen laut der Studie dagegen. „Faktoren wie Effizienzanalyse, Lebensorwürfe und Organisationskultur determinieren also die Entscheidung für eine politische Karriere innerhalb den NGOs“, fasst Frantz zusammen. Hieraus, folgerte die münsterische Privatdozentin, „wird das Berufsfeld in den NGOs zu einem konkurrierenden gegenüber der Parteipolitik“. Folglich forderte sie

den Einbezug der nicht parteipolitischen Berufe in die Forschung.

Für den AK „Politik und Kommunikation“ referierte Frank Marcinkowski über die „Medienlogik als politische Institution“. „Als Medienlogik“, erklärt er, „wird die Tatsache bezeichnet, dass die Erzeugung und Lenkung öffentlicher Aufmerksamkeit durch Medien bestimmte Regelmäßigkeiten aufweist.“ Und weiter: „Diese Medienlogik wird zum zentralen Orientierungshorizont aller gesellschaftlichen Akteure, die durch die Medien mit einer breiteren Öffentlichkeit in Kontakt treten wollen.“ Medienlogik mache die produzierten Nachrichten vorausschaubar. Dass die Medien somit zu zentralen Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaften geworden sind, sei unbestritten. Die Medien sieht er als politische Institutionen und nicht als Akteure.

## Pinkwart stellt sich Kritik

Text: Till Kaesbach



Zeitplan und Termindruck zum Trotz: Der Minister für Innovation nimmt sich Zeit für die Zielgruppe

Er hatte den letzten Satz seines Vortrags gerade beendet und sich in die erste Reihe des Hörsaals gesetzt, als Andreas Pinkwart hinter seinem Rücken einen Zwischenrufer vernahm. Der Student forderte eine Aussprache. Zur allgemeinen Überraschung nahm der Minister für Innovationen, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW sich am Ende der Eröffnungsveranstaltung des 23. DVPW-Kongresses reichlich Zeit, um ungefähr 20 studentischen Kongressbesuchern sein Konzept von Freiheit in der Bildung zu erläutern.

Während Bodyguards, wissenschaftliche Mitarbeiter und Chauffeur ungeduldig warteten, setzte sich Pinkwart seelenruhig in den Kreis der jungen Kritiker. „Hochschulen brauchen mehr Wettbewerb“ und „Gute Bildung ist in Zukunft die wichtigste Ressource unseres Landes“ wiederholte er gebetsmühlenartig. Auch war sich der Minister nicht zu scha-

**„Gute Bildung ist in Zukunft die wichtigste Ressource unseres Landes“**

de, komplexe Sachverhalte wie die Notwendigkeit von zusätzlichen Finanzmitteln für die Hochschulen, BaFöG-Deckelung, Finanzierung von Studienkrediten durch die Landesbank und Hochschulrat ausführlich darzulegen. Dabei zeigte sich der FDP-Minister interessiert und aufgeschlossen. Überzeugen konnte Pinkwart in der 40-minütigen Diskussion freilich nicht jeden. Zu tief saß die Ablehnung der Hochschulreformen der schwarz-gelben Landesregierung bei vielen Studenten. Doch immerhin hatte er für einen bleibenden Eindruck gesorgt. Und für arge Verzögerung in seinem engen Terminkalender ...

## Kann der Bundestag lernen?

Text: Jana Sinram

„Müssen Parlamentsreformen scheitern?“ Diese Frage stellte sich die Sektion „Regierungssystem und Regieren“. Es gebe häufig eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen an Parlamentsreformen und dem eigentlichen Ergebnis, stellte der Hagenauer Politikwissenschaftler Stephan Bröchler fest. Im Fokus standen bei der Sektionssitzung verschiedene Aspekte von Parlamentsreformen – von deren Umsetzung bis zu Erkenntnissen für zukünftige Reformen.

„Der Bundestag ist eine lernende Institution“ – diese These stellte Christian Demuth von der Technischen Universität Dresden auf. Er plädierte dafür, Reformen nicht auf die rechtliche und formale Ebene zu beschränken. Vielmehr gelte es, auch die interdependenten Funktionszusammenhänge, also die Routinen und Regeln innerhalb der Institution Parlament, zu beachten. Nur wenn die informalen Mechanismen betrachtet und Anpassungsprozesse

nicht nur im Rahmen großer Reformprozesse angestrebt würden, könne eine Reform mehr sein als ein Beschluss auf dem Papier.

„Parlamentsreformen glücken immer wieder“, meinte der Düsseldorfer Stefan Marschall. Er stellte sein Forschungsprojekt zu Reformpotenzialen im Bereich der parlamentarischen Kontrolle von Sicherheitspolitik in den 25 EU-Staaten vor. Der Deutsche Bundestag habe mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz erfolgreich eine vom Bundesverfassungsgericht initiierte Reform durchgesetzt. Eine starke parlamentarische Beteiligung im Bereich der Sicherheitspolitik sei aus friedens-, demokratie- und repräsentationstheoretischer Perspektive sehr wünschenswert. „Der Einsatz von deutschen Truppen ist eine wesentliche Entscheidung, die vom Gesetzgeber nicht an andere Akteure delegiert werden kann“, so Marschall.

## Notizblock

Text: Simone Elpers

### Kurz und knackig für die Bachelor-Studenten

Ab sofort erscheint unter dem Titel „Elemente der Politik“ eine neue Reihe im VS Verlag. Gleich vier neue Lehrbücher konnte Dr. Rainald Klockenbusch, Programmdirektor des Verlages für Sozialwissenschaften (VS), am gestrigen Kongresstag im Rahmen eines Empfangs in der Eingangshalle im F-Haus vorstellen. Die ersten vier Bücher der Reihe heißen „Nichtregierungsorganisationen (NGOs)“ von Christiane Frantz und Kerstin Martens, „Demokratie – Entwicklung, Gestaltung, Problematisierung“ von Berhard Frevel, „Politischer Extremismus“ von Hans-Gerd Jaschke und „Der Nahost-Konflikt“ von Margret Johannsen. Klaus von Beyme, der selbst im VS-Verlag veröffentlicht, erläuterte als Gastredner die didaktischen Lernziele, die fachliche Intention und die Struktur der neuen Reihe. Das Angebot richtet sich nach Angaben des VS-Verlages vor allem an Bachelor-Studenten. Vorrangiges Ziel sei es, so Verlagslektor Frank Schindler, „mehr Studenten schnell durch das Studium zu schleusen“. Gelingen soll dies durch eine auffällige und stringente Struktur: Kurze Lehrtexte und grau hinterlegte Infokästen sollen dem Studenten die Inhalte übersichtlich und klar gegliedert darstellen und effizientes Lernen so ermöglichen.

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag von  
Vorstand und Beirat der DVPW



Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft  
c/o Universität Osnabrück  
FB 1 – Sozialwissenschaften  
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P: Marc Raschke, Pressereferent für den  
DVPW-Kongress

Tel. 0251-83-30576 / Fax 0251-83-30575  
[marcraschke@gmx.de](mailto:marcraschke@gmx.de)

Redaktion: Marc Raschke, Jana Sinram, Till  
Kaesbach, Simone Elpers, Michael Berkemeier

Satz und Gestaltung: Lisa Schmees

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 200 Stück